

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1986)

Heft: 3: Lichtblick in der Energiepolitik?

Artikel: Energiepolitische Morgenröte?

Autor: Aldrovandi, Mario

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586614>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Antworten auf die dringlichen Interpellationen zum Ereignis Tschernobyl: Störenfriedas um 16.02 Uhr während der Nationalratsdebatte vom 16. Juni 1986, von Saalwächtern zur Ordnung aufgerufen.

Einige Wochen nach der Tschernobyl-Monster-Debatte vom 16.–18. Juni in Bern werfen wir einen Blick zurück auf das, was sich mit dieser Diskussion geändert haben soll, und prüfen, ob da wirklich so etwas wie eine «energiepolitische Morgenröte» (Franz Jaeger, LdU) stattgefunden hat.

Von Mario Aldrovandi.



cher erweist, sind wir für den Bau weiterer Anlagen.»

In erster Linie will Schmidhalter aber einen Energieartikel in der Verfassung haben, welchen 35 CVP-ParlamentarierInnen seit zwei Jahren mit einer Motion fordern. Im Vorschlag zum Energieartikel ist von «umweltschonender Energieerzeugung» die Rede, worunter laut Auskunft von Parteisekretär Freialdlings auch die Atomenergie falle.

LdU hängt an beidem

Der Landesring der Unabhängigen seitens hatte bereits an seinem Parteitag vom 3. Mai die Unterstützung einer dritten Anti-AKW-Initiative angekündigt. Damals wurde jedoch eher an die vom Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) vorbereitete Moratoriums-Initiative oder an eine Referendumsmöglichkeit gedacht. Nach der Nationalratsdebatte schrieb der LdU in seinem Pressedienst: «Der LdU wird Initiativen, die den Ausstieg aus der Kernenergie anstreben, voll unterstützen.» Die in der Folge versuchte Vermittlerrolle zwischen SPS und NWA ist jedoch gescheitert. Die eigene unklare Haltung bezüglich Stilllegung der bestehenden Anlagen spiegelte sich in den Interventionen der Landesring-ParlamentarierInnen. Nationalrat Hansjürg Wieder, Vizepräsident des NWA, begnügte sich in seiner Interpellation mit der Forderung, «die Rahmenbewilligung für AKW Kaiserstugt zu widerrufen» oder sie zu «sässieren». Auch das Lob von Nationalrat Franz Jaeger zuhanden des Bundesrates am Schluss der Debatte stieß nicht überall auf Verständnis: «Obwohl die beiden Bundesräte in den Schlussvoten materiell ihre Ausgangsposition nicht änderten, erhielten sie am Schluss anerkennendes Lob just von LdU-Präsident Jaeger» (NZZ 19.6.86).

Konsequent war der LdU im Gegen satz zur SPS allerdings in einem wesentlichen Punkt: «Ohne den Druck des Volkes könnten die guten Vorsätze leicht wieder vergessen und der Umdenkanz prozess abgebrochen werden», schrieb der LdU am 18. Juni und unterstützte einen Tag später die Grossdemonstration in Gösgen.

Neben dem LdU unterstützten als Nationalratspartei einzig die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) die Gösgen-Demonstration. Da die POCH seit Jahren für eine Stilllegung aller Atomkraftwerke kämpft, dieses Postulat aber zum Teil wegen der schwindenden Stärke der Anti-AKW-Bewegung in den Hintergrund gestellt hatte, bekundete sie keine Mühe mit der Ausstieg-Forderung. So wurde unter anderem verlangt, die Rahmenbewilligung für Kaiserstugt zu widerrufen, und der Bundesrat angefragt, ob der «rasch möglichste Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie» bewirken. Ein entsprechender Beschluss wurde denn auch am 21. Juni in Lausanne gefasst, zum Teil aber von AKW-GegnerInnen einigen «Zeitplan für die Stilllegung der bestehenden Atomkraftwerke in der Schweiz» (Anita Fetz, Basel). Die POCH unterstützen sowohl die Moratoriums- wie die Ausstieg-Initiative.

Energiepolitische Morgenröte?

«Ursache und Auswirkungen dieses Ereignisses sind ernsthaft zu prüfen und die entsprechenden Konsequenzen für die Kernenergienutzung zu ziehen, zumal in Ermangelung ausreichender Alternativen die Schweiz nicht auf Kernenergie verzichten kann», schrieb die FdP am 7. Mai zuhanden der Presse. An dieser Position hat sich seitdem nichts geändert.

«Einen Verzicht auf die Kernenergie können wir uns schlicht nicht leisten» (FdP-Nationalrat Giger, St. Gallen). Sein Zürcher Parteikollege Kurt Müller sieht die «Vogel-Strauss-Gefahr mit der Forderung nach Stilllegung». Nationalratin Geneviève Aubry (Bern, FDP und SVA) «möchte keiner Psychose zum Opfer fallen». Die Liste liesse sich beliebig verlängern (NZZ, 17.–19. Juni).

Etwas differenzierter versuchte sich der FdP-Politiker Paul Wyss (Basel). Mit seinem Vorschlag einer «Denkpause» ebnete der Basler Handelskammer-Vertreter den nachfolgenden Rednern den Weg zu weiteren Unverbindlichkeiten.

Lediglich zwei FdP-Nationalräte bemühten sich, eine Spur konkreter zu werden. Nationalrat Salvioni legte das

Aussteigen aus der Kernenergie nahe, «jedoch nicht sofort. Aber es sollte eine Frist bis etwa 2010 gesetzt werden.» Und Nationalrat Kurt Schüle (Schaffhausen) meinte: «Auch wir sollten ein Konzept der Energieversorgung ohne Kernenergie im Sinne des schwedischen Modells erarbeiten.»

Ausser dem vom Bundesrat grossartig angekündigten «Moratorium» für Kaiserstugt – das AKW könnte auch bei forciertem Projektarbeiten erst ab 1988 gebaut werden – gehörte seit dieser Debatte auch die «Nachdenk-Pause» zum politischen Notvorrat der Atomenergie-Befürworter. Ein Notvorrat, mit dem sich selbst ein Aufschub der Atomgesetzrevision überleben lässt. Denn was diese Revision im wesentlichen anstrebt, ist eine Vereinfachung der Bewilligungsregelung (keine Referendumsmöglichkeit), und diese könnte so oder so erst beim AKW Graben Premiere haben. Also bei einem Projekt, das auch ohne «Tschernobyl» nicht absolute Priorität hat.

Im Gegensatz zur FdP befürwortet die SVP die Atomgesetzrevision, obwohl auch sie der Meinung ist, dass sich mit dem alten Atomgesetz «leben lässt».

Ausser ein paar originellen Aussagen in der Fraktionsrede von Nationalrat Adolf Ogi hat jedoch auch die SVP nichts Wesentliches zu bieten: «Die Forderung nach sofortigem Ausstieg ist zwar spektakulär, realistisch ist sie nicht. Wenn wir aussteigen könnten, wenn jetzt Möglichkeiten einer ungefährlichen Atomtechnologie vorhanden wären, dann würden wir heute alle einstimmig beschliessen, es zu tun.» (!) Dass der SVP-Parteipräsident zu keinen anderen Gedanken als zu jenen der Förderung der Atomtechnologie fähig ist, beweist er kurze Zeit später. Unter den verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, «die uns weg von der gefährlichen Produktion von Atomstrom wegführen», zählt er folgende drei auf: «1. Möglichkeit des Sparsen, 2. Die Möglichkeit der Alternativen, 3. Neue Technologien für Atomenergie» (alles gemäss der offiziellen Rede).

Ausser Adolf Ogi meldeten sich von seiten der SVP noch Peter Sager (Schweizerisches Ostinstitut), Werner Martignoni (BKW, AKW Graben, AKW Mühleberg) sowie Christoph Blöcher (Motor Columbus), der mit seinem «Sparen, sparen Sie doch!» selbst in reaktionäreren Kreisen Kopfschütteln

provozierte. Ein einziger SVP-Vertreter vertrat eine eigenständige Position: «Nach Tschernobyl wissen wir, dass wir unsere Energiepolitik überdenken müssen. In diesem Sinne ist auf den Bau weiterer AKWs zu verzichten; das De-facto-Moratorium von zwei bis drei Jahren für Kaiserstugt genügt nicht» (Nationalrat Hans-Rudolf Nebiker, Baselland).

CVP – verwirrte Mitte

Auf das breite Spektrum an CVP-Meinungen angesprochen, meinte Parteisekretär Frei: «Das ist halt so bei einer Partei der Mitte.» Tatsächlich reichten die CVP-Parlamentarier-Meinungen von «Mir fiel es wie Schuppen von den Augen. Ein Ausstieg muss realistischerweise ins Auge gefasst werden» (Judith Stamm, Luzern) oder «Mittelfristig halten wir einen Ausstieg für wünschbar. Heute müssen wir aber vorläufig mit den Kernreaktoren weiterleben» (Ständerätin Josi Meier, Luzern) bis zur Meinung «Ein besonderes Moratorium ist nicht nötig» (Nationalrat Laurent Butt, Freiburg) oder «Unsere Industriewelt kann ohne Kernkraftwerke nicht leben» (Ständerat Franz Muheim, Uri).

Nach Auskunft von CVP-Nationalrat Paul Schmidhalter, Präsident der parteiinternen «Studiengruppe für Energiepolitik», ist «abzuwagen, ob uns das Ereignis von Tschernobyl nicht eine mehrjährige Denkpause in Sachen Kernenergie aufzwingt. Wir verlangen nicht einen totalen Stopp und eine Stilllegung der bestehenden Anlagen, wir möchten aber keine neuen Anlagen, bevor nicht alle Fragen geklärt sind. Nur wenn wir in 10 bis 15 Jahren in Vollzugszwang kommen und sich die Kernenergie bis dann als si-